



Ehrenpräsident Prof. EoE Dr.-Ing. Holger Magel

Wohlergehen vor Wohlstand
Mehr Mut und Verantwortung beim Flächensparen!

Keynote

anlässlich der ersten
Zukunftswerkstatt Umwelt : Artenvielfalt und Flächenverbrauch
des Landratsamts Augsburg am 11. Oktober 2019

Wohlergehen vor Wohlstand

Mehr Mut und Verantwortung beim Flächensparen!

Wer ist in Absurdistan?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich dürfte ich nach meiner Aufnahme in die kommunale Familie am 6. Mai 2019 nichts mehr Gegenteiliges zu Strategien und Abwehrkämpfen des Bayerischen Gemeindetags sagen. Aber Dr. Brandl hat mir ja einen Freibrief erteilt, indem er einräumte, dass wir beide manchmal recht verschiedener Meinung seien und auch verschiedene Aufstiegsrouten zum „Mount Everest“ wählten. Entscheidend und das Verbindende seien aber das Erreichen des Gipfels und das gemeinsame Ziel. Es geht um nachhaltige und vitale Entwicklung der Landgemeinden zum Wohle des gesamten Landes. Wir haben uns bei insgesamt viel Harmonie immer wieder auch abweichende Meinungen geleistet. Das ist nun erneut beim Thema Umsetzung des Flächensparziels der Fall.

Ob ich mich mit meiner abweichenden Meinung damit gleich in *Absurdistan* befinde, in das Gemeindetagsdirektor Franz Dirnberger alle Dissidenten recht kess verortet, ist wohl sein Geheimnis, umgekehrt würde ich ihn schon gerne fragen wollen, ob und wie er denn die vielen Purzelbäume, Rückwärtssalti und Kehrtwendungen der letzten Bayerischen Staatsregierungen - Stichworte Erstreaktion auf das Ergebnis des Artenschutzvolksbegehrens, Erschließung des Riedbergerhorns, Lockerung des Anbindegebots, Einführung des G8 etc. - kommentiert hat, als a priori klar war, wie viel bzw. wie wenig Durchdachtes da schnell auf den Weg gebracht wurde. Wir haben es erlebt: Plötzlich war dann alles anders und es galt das Gegenteil und diejenigen, die der Regierung vertrauensselig oder gar blind geglaubt haben, standen und stehen verdattert da, zum Bsp. Landrat Klotz und seine Allgäuer Bürgermeister oder der Bayerische Bauernverband, der nun endgültig einsehen muss, dass seine einstige Macht zerbröselt ist, weil das Volk anders tickt.

Oft haben wir es erlebt, dass Verfassungen schnell geändert und „Festungen“ geräumt wurden, was zuvor undenkbar schien. Was also gibt der Staatsregierung und dem Gemeindetag die Sicherheit, dass nur ihre Auffassungen richtig sind und andere Meinungen gar absurd?

Der von mir ja voll bejahte politische Primat kann m.E. nur wirken, wenn er auch die Bedürfnisse der Menschen widerspiegelt, zumindest dies ernsthaft und transparent nachvollziehbar versucht. Gustav Seibt schreibt in seinem SZ Essay „Macht der Beschämung“ vom

19. September 2019: „*Ohne politischen Druck von unten kann eine Politik der Nachhaltigkeit nicht gelingen*“. Dabei geht es zugleich um faire Abwägung. Die „Systemlogik der Politik“ muss nach Seibt dafür sorgen, die verschiedenen Impulse in Verhandlungen über Interessenskonflikte und in Abwägung der technischen Machbarkeiten abzukühlen.

Findet all das wirklich statt beim 5 ha Thema?

Politischer Druck von unten pur war das Volksbegehren zum Artenschutz, und es entfaltete sich via Runder Tisch die Systemlogik der Politik. Politik von unten stellen letztlich auch die Aktionen und vielen Stellungnahmen der ehrenamtlich wirkenden NGOs wie z.B. unserer Bayerischen Akademie Ländlicher Raum dar.

„Wir sind doch keine Deppen“ habe ich im Vorjahr schlagzeilenträchtig protestiert, als das Heimatministerium unsere Proteste gegen die Erschließung des Riedbergerhorns und Vorschläge zu einem besseren LEP - österreichisch gesagt - nicht einmal ignoriert hat.

Wie lange wollen wir uns das noch leisten, dass ein Teil der Meinungen einfach unter den Tisch fällt? Darf ich an Winston Churchill, den Machtmenschen aus UK erinnern? Selbst er gab zu: *Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer anzuschließen oder gar zu beugen*. Soweit gehe ich gar nicht, ich will zunächst nur faire Abwägung und eine vertrauenswürdige politische Systemlogik und nicht Missachtung, Verdrängung und Beharren auf einseitigen Positionen!

So sollte es auch beim Thema Klima-, Arten-, Natur- und Flächenschutz sein, alles hängt zusammen. Kürzlich hat mir Akademiemitglied Josef Göppel berichtet, dass er von der zuständigen CDU Arbeitsgruppe nach Berlin eingeladen wurde, um über Möglichkeiten des Bodenschutzes im Hinblick auf die CO₂ Speicherung zu diskutieren. Gerade auch aus dieser Sicht muss so viel Boden wie möglich unbefestigt bleiben.

Was ist nachhaltig, was gleichwertig?

Niemand weiß ja so recht, ob und wann wir nachhaltige Kommunalentwicklungen erreicht haben. Die Agenda 21 und ihre von mir 2003 vorgeschlagene **Operationalisierung in einem obligatorischen Nachhaltigkeitscheck** ist vergessen bzw. wurde damals schon blockiert. Eben erst hat Sabine Wölkner vom Agenda 2030 Team der Konrad Adenauer Stiftung beklagt, dass in Deutschland die Nachhaltigkeitsziele der UN ziemlich unbekannt sind, auch auf kommunaler Ebene. Im Dunkeln oder Ungefähren tappen wir auch herum, wenn es um Gleichwertigkeit geht.

Wie misst man sie, wer gibt die Antwort? Berlin hat inhaltlich keine Antworten gegeben; Minister Seehofer verweist gleichwohl recht mutig auf beabsichtigte Gleichwertigkeitschecks für alle Ressorts, die aber doch zur Voraussetzung haben, dass man weiß, was Gleichwertigkeit ist und wie man sie misst. In Bayern gibt es dazu das Modell der „Räumlichen Gerechtigkeit“ von Magel/Miosga. Es bleibt aber in den Archiven liegen, die Staatsregierung und hier die Landesplanung kümmern sich nicht darum, sondern verweisen ihrerseits auf den künftigen Gleichwertigkeitscheck der Bundesregierung. Das ist ein tolles Schwarzer Peter-Spiel und ein Abladen eigener Verantwortlichkeiten, worüber ich als ehemaliger bayerischer Ministerialbeamter nur staunen kann.

Aber vielleicht steckt ja sogar Kalkül dahinter: Man will es nämlich gar nicht so genau wissen. Wenn man nämlich Nachhaltigkeit, Gleichwertigkeit oder gar Räumliche Gerechtigkeit messen kann, könnte man vielleicht auch klären und beurteilen, ob und wie weit man sich noch weiter so Orts- und Landschaftsbild verändernd und Ressourcen verbrauchend entwickeln muss auf regionaler und lokaler Ebene.

Ist das Begrenzen und Maßhalten wirklich eine absurde Idee? Ist das nur ein Thema für Feuilleton-Leser? Oder für evangelische Pfarrer wie Freiherrn von Schorlemmer, der nach 30 Jahren Mauerfall fragt: *„Es geht nicht um Kapitalismus oder Sozialismus, sondern um die Frage, wie wir als Teil der Schöpfung uns so verhalten, dass Mensch und Natur leben können. Was streben wir an? Immer mehr haben, ohne noch zu sein?“*

Viele haben Angst davor, es genauer zu wissen, weshalb sie so wortgewaltig und in einer erstaunlich konzertierten Aktion gegen jedwede Begrenzung poltern.

Wollten oder würden wir sie messen, dann könnten wir selbstbestimmt sagen: Halt, es langt mit der Entwicklung, mit der nicht nachhaltigen Erschließung, mit unserer Gier nach weiterem Wohlstand. Es langt auch mit dem damit verbundenen Flächenverbrauch!

Wer sagt „halt, es langt“?

So wie es dem bayerischen Volk g'langt und es durch Volksentscheid entschieden hat, endlich auch in Bayern – als letztem Bundesland, das doch eigentlich immer Klassenbester sein will – Uferrandstreifen verbindlich auszuweisen und es nicht weiter bei der weitgehend gescheiterten Freiwilligkeit durch die bäuerlichen Landnutzer zu belassen. Jetzt plötzlich geht es oder muss es gehen – auch bei den grummelnden Parteivertretern, die das bisher so heftig abgelehnt haben. Auch beim Klimaschutz kommen wir um gesetzliche Einschränkungen und Belastungen nicht herum. Selbiges kann den Kommunen blühen, wenn es zu einem neuerlichen 5 ha-Volksbegehren kommen sollte und „die heilige Kuh“ kommunale Planungshoheit verfassungsrechtlich womöglich anders ausgelegt wird. So eindeutig ist die

Situation ja wohl nicht. Ich verweise hier nur auf das Gutachten von Prof. Martin Kment von der hiesigen Universität Augsburg und seine Ausführungen bei der Anhörung des Umweltausschusses im letzten Jahr. Als Landentwickler achte ich natürlich die kommunale Planungshoheit, aber ebenso klar sage ich, dass sie nicht grenzenlos ist, denn ansonsten wären Raumordnung und Landesplanung per se widersinnig und eine Fehlkonstruktion, ansonsten auch wären Naturschutz-, Wasserbau- und alle anderen öffentlichen Infrastrukturplanungen, auch die jede kommunale Entwicklung direkt beeinflussenden Flurbereinigungsplanungen allein vom Wohlwollen und der Planungshoheit der Kommunen abhängig. Das kann ja wohl nicht sein und ist auch nicht so. Es gibt – und das lernt jeder Planer in den Anfangssemestern - das vielgerühmte Gegenstromprinzip top down und bottom up (ein deutscher Exportartikel!), und es gibt eine Planungshierarchie. Mich wundert, warum die bayerischen Regierungsparteien das Dogma der unbegrenzten kommunalen Planungshoheit und das archimedische Verdikt des Gemeindetags „noli turbare circulos meos“ nicht von sich aus hinterfragen.

Wir brauchen einen Kompromiss!

Das klingt nun alles recht grimmig und kämpferisch - ich soll und will als Ihr Keynote Redner ja auch motivieren. Das will ich gerne tun. Was meine ich damit?

Ich glaube, dass wir alle gut beraten wären, endlich gemeinsam eine Lösung bzw. einen Kompromiss zu finden und den Schaum vorm Mund wegzunehmen, wenn es darum geht, das 5 ha-Ziel konkret und lokal umzusetzen. Ich wünsche mir einen Kompromiss, der mehr ist als das bisherige mantrahafte Gesundbeten und Hoffen der Staatsregierung, dass man mit viel Fördergeld, einigen gesetzlichen Änderungen (für die allerdings nicht Bayern, sondern v.a. Berlin zuständig und irgendwann tätig ist) sowie mit den Ihnen vorliegenden zahlreichen alten und neuen Instrumenten freiwillig etwas zustande bringt. Minister Aiwanger hat hoffnungsvoll in Richtung weitergehender Lösungen reflektiert, wie ich aus eigenen Gesprächen mit ihm berichten kann, aber nun ist er wieder von Fraktion und Regierungspartner zurückgepiffen worden. Gerade er hätte doch ein besonderes Gefühl für die Bedeutung und den tagtäglichen Verlust oft besten Acker- und Forstlandes. Will er und Minister Glauber nicht wahrhaben, dass das Flächensparbündnis, dem ich auch angehörte, ein zahnloser Tiger war und ist?

Ich frage Sie also, ob wir es uns weiterhin im so genannten Interesse der Gesellschaft oder des vielbemühten Allgemeinwohls leisten können, so völlig diametral aneinander vorbei zu argumentieren, wie das bei den gegenwärtigen Regionalen Konferenzen des Landesentwicklungsministeriums passiert? Der Regionale Planungsverband München führt ja fast schon einen Glaubenskrieg darum. Nordoberpfälzer Landräte und Bürgermeister z.B. tun

es ihm nach und wollen sich das 5-ha-Ziel ebenso wie den Instrumentenkasten des Ministerrats nicht gefallen lassen. Man glaubt die Welt geht unter.

Da kommt mir schon sehr in den Sinn, was Carolin Emcke kürzlich zur Haltung des deutschen Liberalismus gegenüber „Fridays for Future“ geschrieben hat (SZ vom 27.09.2019, S. 5 „Ideologisch“): *„Das erstaunlichste ist vielleicht, wie ... (man)... mit einem Repertoire an populistischen Trigger-Begriffen wie „Verbot“, „Askese“ und „Verzicht“ das eigene Reflektionsdefizit zu maskieren versucht“.*

Wie völlig falsch z.B. die Staatsregierung, vom Gemeindetag rede ich jetzt nicht, das allgemeine Wohl, also das wohlverstandene Interesse der Gesellschaft einschätzte, hat ja das Bienenvolksbegehren gezeigt. Woher nimmt sie die Sicherheit, dass sie ausgerechnet beim Flächenverbrauch, der ja auch mit Landschaftskonsum und zutiefst emotional wirkenden Landschaftsbeeinträchtigungen zu tun hat - ich benutze absichtlich nicht die oft verwendete und verharmlosende Metapher „Es ist kein Landverbrauch, sondern nur eine andere Landnutzung“ - nicht wieder falsch liegt?

KPV-Chef Stefan Rößle fordert in seiner GZ Kolumne vom 12.09.2019, man solle nur die tatsächlich neu versiegelten Flächen erfassen und die Statistik berichtigen und z.B. die positiv wirkenden Obstgärten etc. abziehen. Ich fürchte, dass das z.B. in München zu erschreckenden Erkenntnissen führt, wenn man statistisch registriert, wie viel privates Grün inklusive Bäume derzeit den Verdichtungsorgien zum Opfer fällt - wenn Grundstücke mit EFH und einer GRZ von 0,4 plötzlich zu einem Geschoßbau-Ungetüm mit einer GRZ von 0,9 verbaut und diese Versiegelungen als Flächenverbrauch gar nicht erfasst werden. Klimawirksame Grün- und Freiflächen oder gar Obstgärten? Außer erbärmlichen Feigenblättern erschreckende Fehlanzeige – brauchen wir auch nicht mehr in Zeiten der „Bauen Bauen Bauen“ – Schlachtrufe! Ändern wir halt die Bauordnung, die noch mehr Grünflächen und Abstände vorschreibt. Dann wohnen wir halt bald so wie die Chinesen in Hongkong oder so dicht wie die Italiener in ihren mittelalterlichen Städten, wo es aber noch keine SUVs gab.

Was ich damit sagen will: Innenentwicklung und Nachverdichtung ja, aber sie müssen in Gottes Namen maßvoll und vor allem natur- und menschengerecht sein. Das gilt für Stadt und Dorf gleichermaßen!

Ich wundere mich schon, warum z.B. in den Papieren des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen oder beim Wohnungsgipfel der Bayerischen Staatsregierung mit keinem Wort der „Masterplan Stadtnatur“ der Bundesregierung erwähnt wurde. Darf ich kurz daraus zitieren?

*„Wir wollen mehr Natur in Stadtparks, Sportstätten, Friedhöfen, **privaten Gärten**, urbanen Wäldern, an Gewässern, an Gebäuden, **auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in Städten** und auf Brachen mit Grün. Die Menschen sollen vor ihrer Haustür die Schönheit und Leistungsfähigkeit unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt erfahren und genießen können“*

Auch wird in keinster Weise erwähnt, geschweige denn reflektiert, ob wir die Einfügungspflicht des § 34 BauGB nicht wieder stringenter beachten sollten, worauf der renommierte Baujurist Helmut Bröll schon seit Jahren hinweist.

Ich möchte deshalb an Sie appellieren, sich vorurteilsfrei mit den vielen verschiedenen Positionen und Papieren zu beschäftigen. Ich nehme an, dass der Leiter des heutigen Workshops 1 das jüngste Dreisäulenmodell des Gemeindetags mitgebracht hat. Im Kontext dazu sollte aber auch die aktuelle gemeinsame Stellungnahme der bayerischen Raumakademien, Architekten- und Ingenieurkammern und zahlreicher Verbände wie z.B. BN, BDLA, Landesverein für Heimatpflege, SRL etc. zur Änderung des Landesplanungsgesetzes gelesen und diskutiert werden oder die auf die Website der Akademie Ländlicher Raum gestellte Dokumentation unserer Veranstaltung zum Flächensparen vom Juni 2019. Es sollte doch zu denken geben, wenn die gesamte bayerische Planer-Elite geschlossen gegen die reinen Freiwilligkeitspläne der Staatsregierung und die Position der Kommunen antritt; sie alle sind keine Revoluzzer oder politisch gefärbte Systemveränderer. Eines aber sind sie: Hohe Experten, oft sogar kommunale und ministeriale Spitzenbeamte, und bekennende und über Wahlperioden hinausdenkende Liebhaber der bayerischen Heimat. Sie kennen die Fakten, die Gesetzeslage, fachlichen Möglichkeiten und die Gefahr um die Zerstörung unserer bayerischen Heimat.

Als erster Schritt ein Richtwert für die Gemeinden!

Ich kann nur bedauern, dass die beiden Vertreter der Regierungsparteien, die noch im Juni bei der von mir moderierten Diskussion zumindest einem Richtwert pro Gemeinde zugestimmt haben, hinterher völlig verstummt und im Mahlstrom der politischen Meinungsbildung verschwunden sind. Dennoch möchte ich – gerade auch aufgrund meiner jahrzehntelangen Ministerial-, Forschungs-, Planer- und Akademiearbeit mit und für Gemeinden und Landkreise, ob in der Dorferneuerung, Gemeinde-, Landkreis- oder Landentwicklung – aufrufen zu einem ersten, für mich realisierbaren und überaus vernünftigen Schritt:

Nämlich zum Schritt zu einem Richtwert pro Gemeinde.

Da der Vorschlag der Staatsregierung, 5 ha nur auf Landesebene zu etablieren, völlig wirkungslos und reine Symbolik ist und die gesetzliche Festschreibung, wie sie die geballte bayerische Planergruppe fordert, bis zum erfolgreichen Abschluss eines Volksbegehrens wohl nicht realisierbar ist, schlage ich einen **Richtwert vor, und zwar auf regionaler Ebene**, der dann in eigener Verantwortung von den Planungsverbänden in besserer Kenntnis der regionalen und lokalen Verhältnisse und Bedürfnisse auf die Gemeinden aufgeteilt werden kann. Dann hätten jede Gemeinde und ihre Bürger eine Richtschnur, die sie grundsätzlich einhalten und bei jeder Entscheidung über neue Flächeninanspruchnahme bedenken sollten – flexible Anwendungen und Ausnahmen inbegriffen.

Dann auch oder besser dann erst haben all die guten Vorschläge und Instrumente der Staatsregierung, des Gemeindetags oder der Verwaltung für Ländliche Entwicklung u.a. ihren Sinn. **Wir brauchen also beides, zuerst die Richtwerte und dann die vielen Instrumente von Leerstandsmanagement begonnen über wirksamere Vorkaufsrechte, Innen- vor Außenentwicklung, Notwendigkeitsprüfungen, ländlichem Geschosswohnungsbau etc. bis hin zum Flächensparmanager und interkommunalen Lösungen.** Einfach loszumarschieren und sehen, was herauskommt, entsprechend dem asiatischen Prinzip „Der Weg ist das Ziel“ ist für mich völlig falsch und nur ein Weg, um alles zu verzögern. Wir brauchen zuerst das Ziel, das jede Gemeinde und jedes Dorf für ihre Entwicklung in Form eines Leitbildes ohnehin braucht! In der Dorferneuerung hat es anfangs auch Schwierigkeiten gegeben, als das Leitbild zur Voraussetzung jeder Dorferneuerungsförderung gemacht wurde. Auch in der Flurbereinigung wollten wir es im Zeichen des gestiegenen Umweltbewusstseins nicht mehr darauf ankommen lassen, hinterher festzustellen, wie viele Biotop vernichtet oder neugewonnen wurden. Deshalb haben wir, auch unter Protest ländlicher Grundbesitzerverbände, vorweg ökologisch-ästhetische Simulationsmethoden eingeführt, um vorweg das konkrete Ziel vor Augen zu haben und entsprechend sensibel planen zu können. Heute ist das längst gegessen...

Ich plädiere also für eine Richtwertlösung, die m.E. Sicherheit gibt und ein Einfügen in das Ganze zum Wohle der Allgemeinheit garantiert. Natürlich gibt es auch Bedenken gegen freiwillig einzuhaltende Richtwerte anstelle gesetzlich verbindlicher Grenzen. Hier wirkt das grandiose Scheitern unserer 130 km/h Richtgeschwindigkeit auf den Autobahnen.

Ich sehe aber einen großen Unterschied: Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo es strikte Limits gibt und von der Gesellschaft akzeptiert werden, ist die Gesellschaft im Autoland Deutschland und ganz besonders im „Audi- und BMW Freistaat Bayern“ (das hämmert uns ja der Ministerpräsident tagtäglich ein) noch nicht so weit, das Auto nur als Beförderungsmittel anzusehen und weniger als Möglichkeit des Auslebens grenzenloser Individualität ,

Freiheit und Geschwindigkeit am Steuer - tödliche Gefahren inbegriffen. Ich warte ja darauf, bis das Verkehrsministerium dem Justizministerium folgt und auch eine Plakatserie schaltet, dann aber mit dem Slogan: „Wir glauben an die Freiheit. Und an die Freiheit der grenzenlosen Geschwindigkeiten auf Deutschlands Autobahnen“. Nach den Australiern haben nun auch wohlhabende Chinesen das freie Rasen in Deutschland als Freizeitvergnügen entdeckt! Darauf können wir doch wirklich stolz sein!

Beim Thema Flächen-, Natur- und Landschaftsverbrauch tickt die Bevölkerung anders: Hier geht es weniger um grenzenlose Freiheit, sondern neben handfesten ökologischen Gründen um Sehnsüchte nach Verwurzelung, Vertraut- und Geborgenheit, Überschaubarkeit, Bewahrung, Heimat, nach Resonanzräumen für Mensch und Natur, mit anderen Worten: es geht, wie Ulrich Eisel es ausdrückt, um Sinn und Sein. Das sind wichtige emotionale, immaterielle Aspekte, die wahlentscheidend sein können, gerade oder trotz einer sich oft widersprüchlich verhaltenden Gesellschaft. Horst Seehofer hatte wie kein anderer bayerischer Spitzenpolitiker dafür einen Sensus!

Wohlergehen statt Wohlstand - dahin müssen wir im Zuge der Gleichwertigkeits- und Gerechtigkeitsdiskussion endlich kommen. Flächenverbrauch trägt erheblich zum Wohlstand bei, und wir meinen immer noch, wir brauchen das alles und gar noch mehr. Flächensparen in Siedlung und Landschaft ist dagegen eher ein Gewinn für das Wohlergehen.

Deshalb meine Bitte an alle anwesenden Kommunalpolitiker und Planer: Bevor Sie Entscheidungen treffen müssen zur Fortentwicklung der Gemeinde und ihrer Infrastruktur, prüfen Sie bitte mit ihren Bürgern, was Sie wirklich brauchen zur nachhaltigen Entwicklung, zum Wohlergehen. Das Thema Fläche ist dabei nur einer, allerdings sehr sichtbarer Punkt, weil neben den vorgenannten inneren Emotionen auch äußeres Zeichen unseres Denkens und Lebensstils. **Deshalb regt das Thema so auf, es geht nämlich um unsere Zukunft, um unser Lebens- und Wirtschaftsmodell.**

Josef Göppel fordert als einer der wenigen CSU Politiker tatsächliche Wirtschafts- und Lebensstiländerungen, Gustav Seibt spricht von der erforderlichen Bereitschaft jedes Einzelnen, tiefgreifende Veränderungen an einem verschwenderischen Lebensstil mitzutragen.

Aber wie soll das gelingen? Die Bundesregierung und die Staatsregierung haben noch keine Antwort gefunden- warum auch? Die Veränderung muss von unten, von uns selbst kommen, von der Communitas, der Kommune, der Gemeinschaft aller Bürger auf lokaler Ebene - in Dorf, Gemeinde, Stadt oder Landkreis. Der Landkreis Augsburg und seine Gemeinden müssen also von sich aus bereit sein, die notwendigen Veränderungen zu reflektieren und nach Lösungen zu suchen.

Was sie dabei brauchen, hat Heribert Prantl beim Bezirkstag im Juli hier in Augsburg so treffend gesagt:

„Wir brauchen ökonomisch und ökologisch eine Utopie für unser Leben und die kommende Generation.“

Haben wir sie? Wohl nein! Ein Richtwert, der ein bewusstes Maßhalten als realutopische Leitidee signalisiert und auf dessen Basis alle weiteren heute zu diskutierenden rechtlichen, planerischen, verwaltungstechnischen und erzieherischen Instrumente zum Flächensparen sinnvoll umgesetzt werden, wäre für mich ein erster Schritt hin zum neuen Ziel Wohlergehen statt immer mehr Wohlstand.

Vielleicht sollten wir wieder mehr dem großen Klaus Töpfer zuhören, wenn er sagt:

„Wir müssen beginnen, Glück [und ich ergänze: unser Wohlstandsverständnis] von anderen Dingen als von wirtschaftlichem Wachstum, von der Steigerung des Bruttosozialprodukts, abhängig zu machen. Gelingendes Leben ist viel mehr“.

Vielleicht schaffen Sie es heute, in dieser Richtung zu diskutieren: Gelingendes Leben in unseren Kommunen im Zeichen eines maßvolleren Umgangs mit unseren Böden und Landschaften.

Es kann doch nichts befriedigenderes und motivierenderes geben, als für die Enkelgerechtigkeit, die nachhaltige Zukunft unserer Kinder und Enkel, zu arbeiten, die uns dereinst nicht nach unserem Wohlstand, sondern danach beurteilen werden, welche unbeschädigte und Sinn und Sein ermöglichende Natur und Landschaften wir ihnen hinterlassen haben.

Ich hoffe sehr, dass von diesem Tag positive Signale ausgehen ins Schwaben - und ins gesamte Bayernland! Ich wünsche ein erfolgreiches Arbeiten!

*Prof. EoE Dr.-Ing Holger Magel
Ehrenpräsident der
Bayerischen Akademie Ländlicher Raum*